Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsfahrern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme". Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Festtagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 4. Dezember 1926 — Nummer 271

Vor der Wiederkehr der Heldt-Regierung

Kommende Bürgerblockregierung

Heldts Wiederkehr

Dresden, 4. Dezember.

Am Dienstag steht im Landtag der zweite Wahlgang zur Ministerpräsidentenwahl auf der Tagesordnung. Die Lage ist [illegible] geworden. Die ausschlaggebende 4-Männer-Fraktion hat [illegible] aus dem Sack gelassen. Ihre Linie bleibt, daran wird [illegible] zweifeln, die des konsequenten Arbeiterverrats. Dabei [illegible] sich die ASPS, den Massen mehr wie vorher zu erzählen, daß sie eine „Arbeiterpartei" sei. Die gewaltigen Verluste [illegible] vor ihrem nahen Ende, und sie glauben, dieses Ende mit Beteuerungen aufhalten zu können. Sie wissen, daß Buck [illegible] ASPS-Leuchten bestätigt hat, daß sie ihre Taktik einwandfrei [illegible] geführt haben. Aber mit Beteuerungen werden die ASPS-Leute keine Arbeiter mehr gewinnen, ihre Rolle ist [illegible] nächsten Wahl ausgespielt. Die ASPS mag den Arbeitern noch so oft versichern, sie führe ihren Verrat mit voller Überlegung und aus proletarischer Ehrlichkeit, ihre Taten [illegible] Verrat. Sie ist die Partei zur Errettung und Erhaltung des Bürgertums und gibt das auch selbst zu. In einem Artikel, in dem sie von ihrer „Rolle als „proletarische" Partei" schreibt, heißt es gleichzeitig, daß das Bürgertum in Sachsen sich in seinen Forderungen beschränken mußte, weil die Mehrheitsverhältnisse im Landtag erlaubt hätten, „durch die Bildung einer anderen Regierung (als die Heldtregierung — d. Red.) auch die wohlberechtigten Interessen des Bürgertums mit Füßen zu treten".

Die ASPS gibt hierzu offen wie noch nie ihre Rolle zur Rettung des Bürgertums selber zu. Sie verteidigt die „wohlberechtigten Interessen" des Bürgertums. Die Ausbeutung, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Profitschinderei, das sind die von der ASPS vertretenen Interessen des Bürgertums. Was veranlaßt die ASPS jetzt, so offen Farbe zu bekennen? Das Bürgertum, das immer den Verrat, aber nicht die Verräter liebt, will die Niederlage der ASPS für sich nutzen, um die Verräter auszuschalten, sie, die Vertrauen und Fühlung des Proletariats verloren, um die Anerkennung der Kapitalisten zu gewinnen. Die jetzt vom Bürgertum mit Fußtritten Traktierten müssen sich wehren. Deswegen zählen sie dem Bürgertum ihre „Verdienste" auf. Sie wenden sich gegen die Deutschnationalen, mit denen sie nicht in eine Regierung gehen könnten, ohne, wie sie betonen, offenen Selbstmord zu begehen. Die ASPS legt sich deswegen dem Bürgertum gegenüber aufs Bitten und Drohen. Neben der Aufzählung ihrer Verdienste droht die ASPS mit ihrer ausschlaggebenden Stellung. Die Machtverhältnisse in Sachsen haben sich nicht verschoben, die Arbeiterschaft hinter immer noch die Mehrheit, die ASPS brauche nur diese Mehrheit in Anwendung zu bringen. Die Deutschnationalen [illegible] dadurch, daß sie 14 Mandate gegen 4 der ASPS haben, in einen partikularen Machtrausch verfallen. Aber diese 14 Mandate nützen ihnen nichts, wenn die ASPS sich mit den Linkssozialisten und Kommunisten zusammenschließe. Es sei für die ASPS gleich ob sie 4, 8, 15 oder 23 Mandate habe; sie habe die ausschlaggebende Stellung, und Linkssozialisten und Kommunisten seien ihre unfreiwillige Reserve. Der „Volksstaat" schreibt dazu wörtlich:

„Aus diesem Grunde ist es für sie kein unvermeidliches Schicksal, innerhalb einer Koalition mit Bürgerlichen bloßes, überflüssiges Anhängsel zu sein; sie wird es heute ebensowenig zu sein brauchen, wie sie es im vergangenen Landtag gewesen war. Es ist nicht notwendig, daß sie in einer solchen Koalition als labiles, leichtwiegendes Gebilde einer Vier-Männer-Koalition stehen muß; indem sie immer die Möglichkeit hat, einer — der Wirkung nach freilich nur niederreißenden — Linksregierung zum Dasein zu verhelfen, werden die linken Flügelparteien, so leid es ihnen selbst sein mag, zu Machtreserven der ASPS; mit dem Gewicht dieser drohend im Hintergrund stehenden Flügelparteien kann die ASP operieren. Immer ist es ein Kraftfaktor, sich so oder anders entscheiden zu können; der Besitz dieses Kraftfaktors ist eine Gabe der Konstellation an die ASP."

Die ASPS kämpft um ihre Posten, ihre Ministersessel und Staatskrippen. Diese kann sie natürlich nur erhalten, wenn sie die jetzige Koalitionsregierung mit Unterstützung der Deutschnationalen erhalten kann, oder wenn sie eine Große Koalition bis zur SPD zusammenbringt. Die ASPS nimmt denn auch konkret in diesem Sinne Stellung: Bildung eines Bürgerblocks ist ihr Ziel, jedoch mit Verschleierung, ohne offenes Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen. Eine Linksregierung, schreiben sie, würde das Chaos bringen und eine neue Reichsexekutive heraufbeschwören. Für die Große Koalition seien die Linkssozialisten noch nicht zu gewinnen, eine Regierung ohne Beteiligung der ASPS lehnen die 4 ab. Sie fordern die Beibehaltung der Heldtregierung:

„Eine Koalitionsregierung von anderer Struktur als der bisherigen wird durch die parlamentarische Gesamtsituation, solange die Linkssozialisten in ihrer ablehnenden Stellung beharren, keineswegs herausgefordert; soweit der äußere Anschein dem zu widersprechen scheint, wird er, wie schon erwähnt, nur irreführenderweise durch die für die Gesamtlage bedeutungslosen Umgruppierungen innerhalb der beiden Klassenfronten hervorgerufen."

Die ASPS erklärt damit praktisch ihre Unterstützung des Bürgerblocks, die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung. Die ASPS versucht ihre arbeiterverräterische Haltung damit zu verschleiern, daß sie erklärt, ihre Regierungsbeteiligung würde die Forderungen der Bürgerlichen zurückdämmen. Wie die Arbeit für die Interessen der Werktätigen ausgesehen, haben die Arbeiter bei Jahre lang zu fühlen bekommen.

Die Heldtregierung hat bei der Wahl das schärfste Mißtrauen der Wähler ausgesprochen erhalten. Vom Reichstag wurde dieser Regierung ihr arbeiterfeindliches Verhalten, ihre Ueberschreitung der Befugnisse im Kampf gegen die Arbeiterverräter jetzt bescheinigt, ihr Verhalten mißbilligt.

Die ASPS aber will gerade diese Regierung erhalten, sie zur weiteren Stütze und Verteidigung reaktionärer Kapitalisteninteressen erheben. Die kleine Abänderung, die vorgenommen wird, dürfte in der Hinzuziehung eines Ministers der Wirtschaftspartei bestehen. Die Wirtschaftspartei aber ist die zweite Fraktion der Deutschnationalen. Das hat sich in den paar Sitzungen des Landtages schon zur Genüge gezeigt. Die Bahn ist ganz klar, die Bürgerblockregierung Heldt soll wiederkehren. Nur die stärkste außerparlamentarische Aktion wird diese Regierung beseitigen. Die Heldtregierung wird weiter die Forderungen der Arbeiter mit Füßen treten. Jetzt gilt es, die Kräfte anzuspannen, diesen Landtag zu beseitigen. Jeder Arbeiter, überhaupt jeder Werktätige wird mit uns diesen Weg gehen. Wir sind bereit, diesen Kampf mit allen Organisationen der Werktätigen gemeinsam zu führen. Wir haben diese Organisationen eingeladen. Marschieren sie nicht mit in unserer Front, dann zeigen sie, daß sie bei unseren Gegnern stehen. Die Arbeiter werden mit uns sein.

Die Kommunisten fordern Massenaktionen gegen die Reaktion im Sächsischen Landtag

Der Landtag hat in den zwei bisher stattgefundenen Sitzungen deutlich genug bewiesen, daß seine Mehrheit von der ASPS bis zu den Deutschnationalen alles unternehmen wird, um die Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten. Jetzt verkündet die ASPS offen, daß sie die Heldtregierung weiter bestehen lassen will. Die Vier-Männer-Fraktion pocht auf ihre Macht als ausschlaggebende Gruppe und droht nach links und nach rechts. Die KPD hat schon in 3 großen Versammlungen den Protest der Massen gegen die Reaktion im Landtag zum Ausdruck gebracht. Nun muß ein stärkerer Massendruck einsetzen. In Oesterreich hat die Sozialdemokratische Partei zur Durchsetzung ihres Willens oft die Arbeiter zur Demonstration gerufen. Die KPD schlägt der SPD Dresdens nun die gleiche Maßnahme vor.

Die Bezirksleitung der KPD hat an die proletarischen Organisationen folgendes Schreiben gerichtet:

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Ostsachsen. Dresden, 2. Dez. 1926, Columbusstr. 9, pt.

An
die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Ostsachsen,
den Ortsausschuß des ADGB Dresden,
die Gauleitung des Reichsbanners, Ostsachsen,
die Gauleitung des Roten Frontkämpferbundes, Ostsachsen.

Werte Genossen!

Die ersten zwei Sitzungen des neuen Landtages haben für jeden sächsischen Arbeiter den Beweis erbracht, daß die Landtagsmehrheit, von den Deutschnationalen bis zur Alten Sozialdemokratie, die Interessen der Arbeiter und Werktätigen Sachsens mit Füßen treten werden, solange dieser Landtag bestehen bleiben wird.

Mit dieser Frage hat sich die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen in ihrer Sitzung am Mittwoch, den 1. Dezember 1926 beschäftigt. Ganz im Sinne der Vereinbarung der „Dresdner Volkszeitung" vom 1. Dezember 1926 vertritt die KPD Ostsachsens den Standpunkt, „möglichst bald dieser Mißgeburt den Garaus zu machen", weil bei den „kommenden Wahlen mit der ASPS reiner Tisch gemacht werden dürfte".

Gerade die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten am 14. November haben den Beweis erbracht, daß seit der Landtagswahl eine starke Linksentwicklung unter den Wählern vor sich gegangen ist und daß die Neuwahl eine Landtagsmehrheit aus Kommunisten und Sozialdemokraten bringen würde.

Aus dieser, auch von der „Dresdner Volkszeitung" geteilten Erkenntnis folgert die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen die Notwendigkeit, eine geschlossene Arbeiterfront zu bilden, die außerparlamentarisch den Kampf gegen die reaktionäre Landtagsmehrheit aufnimmt, mit dem Ziel, entweder eine Regierungsbildung zu erreichen, die sich erbötig macht, die elementarsten Arbeiterforderungen durchzuführen oder die Auflösung des Landtages zu erzwingen.

Um diesen außerparlamentarischen Massendruck zustande zu bringen und erstmals bei dem drittmaligen Zusammentritt des Landtages am Dienstag, den 7. Dezember 1926 wirken zu lassen, schlägt die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen allen proletarischen Organisationen, insbesondere aber der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresdens, vor, sofort eine gemeinsame öffentliche Kundgebung auf dem Schützenplatz in Dresden zum 7. Dezember 1926 vorzubereiten. Zur näheren Festlegung der von uns vorgeschlagenen gemeinsamen öffentlichen Kundgebung regen wir hiermit eine gemeinsame Aussprache an, die spätestens am Sonnabend, den 4. Dezember 1926, vormittags tagen müßte, um alle organisatorischen Maßnahmen zu ordnen, die einen Erfolg dieser Kundgebung verbürgen.

Mit proletarischem Gruß
Kommunistische Partei Deutschlands, Sekt. d. 2. Internat., Bezirk Ostsachsen.

Die SPD-Führer erhalten durch dieses Schreiben die Gelegenheit, ihren Worten vom Kampf um Arbeiterinteressen ein wenig Taten folgen zu lassen.

Für die Arbeiter wird die Antwort der SPD-Führer gleich ein Gradmesser dafür sein, was sie von den Worten der SPD-Führer zu halten haben. Sollten SPD- und Gewerkschaftsführer die Aufforderung der Kommunisten ablehnen, dann müssen die Arbeiter mit der KPD den Kampf gemeinsam führen, dann stände aber auch fest, daß die Führer der SPD ihre Reden nur ausschließlich zu dem Zweck der Irreführung der Arbeiter halten.

Der Wille zur Einheitsfront

Die sozialdemokratischen Delegierten über die Aufgaben des Kongresses der Werktätigen.

Berlin, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

In den Versammlungen, die am gestrigen Abend in Berlin aus Anlaß des Kongresses der Werktätigen stattfanden, nahmen auch sozialdemokratische Delegierte das Wort. Sie berichteten, daß in allen Orten, aus denen sie delegiert sind, die Mitgliedschaften der SPD hinter ihnen stehen, daß sie die Drohungen der SPD-Führer nicht fürchten und mit Begeisterung für die Einheitsfront aller Werktätigen kämpfen werden. Am besten drückte diese Stimmung ein niederrheinischer SPD-Delegierter aus, der in Bildern sprach. Er sagte unter stürmischem Beifall:

„Die Rationalisierung mit ihren Folgeerscheinungen zwingt uns zu Gegenmaßnahmen. Wir wollen durch den Kongreß der Werktätigen den Anfang machen mit der Einheitsfront des Proletariats, und wir werden unseren Mandanten sagen, daß wir die Einheitsfront des Proletariats bereits gesehen haben — hier auf dem Kongreß der Werktätigen in Berlin. Wir sind dem Elend und dem Hungertod preisgegeben, wir Erwerbslosen. Unsere sozialdemokratischen Führer arbeiten aber weiter an der Erwerbslosen- und Sozialversicherung herum, wie sie daran seit Jahren arbeiten. Nicht Arbeitsgemeinschaft, sondern Klassenkampf wird uns retten. Wir sozialdemokratischen Arbeiter erstreben die Einheitsfront mit euch Kommunisten. Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie versaulen. Wir müssen uns den Parteihaß gegeneinander abgewöhnen und gemeinsam jedem Arbeiter die Ziele weisen und die wirkliche Einheitsfront herbeiführen. Das ist die Aufgabe des Kongresses der Werktätigen."

Reaktionärer Anschlag gegen kommunistische Landtagsabgeordnete

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet gestern die Meldung, daß der Landtagsabgeordnete Ewert seinen Wohnsitz nicht in Kändler bei Limbach gehabt habe und die polizeilichen Erörterungen ergeben hätten (?), daß die Bestätigung der Gemeindebehörde unrichtigerweise (!) erfolgt sei. Von diesen Ergebnissen der polizeilichen Untersuchungen sei dem Präsidenten des Landtages Mitteilung gemacht worden und der Landtag habe nun über die Gültigkeit der Wahl Ewerts zu entscheiden.

Der Genosse Ewert sitzt bekanntlich noch immer in Haft. Der Sächsische Landtag hat es bisher noch nicht für notwendig befunden, die Enthaftung des Genossen Ewert zu beschließen. Die Verhaftung des Genossen Ewert ist ein brutaler Rechtsbruch. Von der KPD-Landtagsfraktion wurde bereits in der ersten Sitzung des Landtages darauf hingewiesen, daß die Verhaftung des Genossen Ewert keinen anderen Sinn hatte, als das Ergebnis der Landtagswahlen im Interesse der Reaktion zu korrigieren und der Klassenjustiz ein neues Opfer zu geben. Mit den angeblichen polizeilichen Feststellungen will die Reaktion das Mandat des Genossen Ewert für ungültig erklären, ihn damit seiner Immunität berauben, um ihn weiterhin hinter den Zuchthausmauern behalten zu können. Gegen diesen frechen Vorstoß muß die Arbeiterschaft den schärfsten Protest einlegen.